Nr. 228
A 116
Sonntags-Ausgabe

Berlin

Sonntag, 15. Mai 1927
V

Vossische Zeitung

20 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarischer Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung" — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3665, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3690. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Der Coup von Scotland Yard

Drei Lastautos voll Sowjetdokumente

Funkdienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **London**, 14. Mai

Die heute nacht aus den gewaltsam geöffneten Stahlkammern der Arcos entfernten Dokumente wurden heute vormittag unter starker polizeilicher Bewachung in drei Lastautomobilen nach Scotland Yard befördert, wo sie übersetzt und durchfotografiert werden. Das Arcosgebäude wird heute von bewaffneten Kriminalbeamten bewacht und die Untersuchung fortgesetzt. Die heute morgen für die Arcos einkommende Post wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Der „Evening Standard" ist autoritativ darüber informiert, daß der Zweck der Durchsuchung des Londoner Hauptquartiers der Arcos und der Sowjet-Handelsdelegation die Suche nach einem **Staatspapier** sei, das vor einigen Monaten verschwunden ist. Die Behörden betrachten die zufällige Entdeckung von Feuer- und anderen Waffen in dem Gebäude zurzeit als unwichtig.

Das Pressebüro der Sowjetgesandtschaft hat heute abend eine Erklärung über die Arcos-Razzia veröffentlicht, in der erklärt wird, daß sofort nach dem Bekanntwerden der Razzia am 12. Mai der russische Geschäftsträger Rosengolz um eine Unterredung mit Chamberlain nachgesucht habe, aber dabei keinen Erfolg hatte. Als der Protest gegen die Razzia Chamberlain am 13. Mai überreicht wurde, sei dieser darauf hingewiesen worden, daß die Razzia eine direkte und anscheinend erwogene Verletzung des Handelsabkommens von 1921 darstelle.

In der Erklärung weist die russische Botschaft darauf hin, daß eine solche Handlung die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur gespannter machen könne, und anscheinend zu diesem Zweck auch unternommen worden sei. Die Art, in der die Razzia ausgeführt wurde, gebe keine Garantie dafür, daß Dokumente und Material, die die Polizei angebe, gefunden zu haben, auch wirklich dort gewesen seien, ehe die Razzia stattfand.

Die Polizei wird über das Wochenende im Arcosgebäude stationiert bleiben. Bisher ist das gesuchte Dokument nicht gefunden worden, doch konnten in der kurzen Zeit noch nicht all die zahlreich vorgefundenen Dokumente und Materialien geprüft werden.

wst **Moskau**, 14. Mai

Die Hausfuchung bei der Sowjethandelsvertretung in London hat in Moskau einen außerordentlich starken und sehr unangenehmen Eindruck gemacht. Angesichts der Gesamtsituation scheint aber die Tendenz zu bestehen, eine Lösung des Konflikts ohne Abberufung der Handelsvertretung zu suchen, wenn auch wirtschaftliche Repressalien möglich sind.

Die Presse bespricht den Vorfall sehr erregt. Die parteioffiziöse „Prawda" macht wütende Ausfälle gegen die englischen Imperialisten, **die die Provokation von Peking durch eine neue Provokation überbieten.** Während Rußland **die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen anstrebe, bereite England bewußt Schritt um Schritt provozierend den Krieg vor, den weder das englische noch das russische Volk wollen. Auch die regierungsoffiziöse „Jzwestija"** spart nicht mit kräftigen Worten gegen England, wo man offenbar Tschang Tso Lins Banden um ihre Pogromlorbeeren beneide. Die englische Regierung suche die Entwicklung der russisch-englischen Handelsbeziehungen zu stören in dem Augenblick, wo man in Genf bemüht ist, Methoden zur Mitarbeit Rußlands am Welthandel zu finden.

Die Reichsregierung lehnt die Verantwortung ab

Die in der gestrigen Abendausgabe der „Vossischen Zeitung angekündigte Erklärung der Reichsregierung zu den Vorgängen des schwarzen Börsen-Freitag liegt jetzt vor. Sie hat den folgenden Wortlaut:

Bei der Erörterung der Börsenlage wird in einem Teil der Morgenpresse vom Sonnabend die Auffassung vertreten, daß die Baisse veranlassenden Maßnahmen auf Beschlüsse der Reichsregierung zurückzuführen seien, die außerdem noch ohne Fühlungnahme mit den sonst zuständigen Stellen zustandegekommen seien. Diese Darstellung ist völlig falsch.

Es wird demgegenüber — übrigens in voller Uebereinstimmung mit den Darlegungen, die seitens der Reichsbank bereits gegeben sind — festgestellt, daß der Herr Reichsbankpräsident Anfang dieses Monats dem Reichskabinett anläßlich der Erörterung einer anderweitigen Angelegenheit auch seine Auffassung über die seit längerer Zeit in der Entwicklung begriffene Börsenbewegung mitgeteilt hat. Beschlüsse seitens des Reichskabinetts wurden zu diesem Punkte aber nicht gefaßt, insbesondere auch nicht in der Frage, ob auf eine Verminderung der Reportgelder hinzuwirken sei. Das Reichskabinett äußerte dem Herrn Reichsbankpräsidenten gegenüber auch keine Wünsche, in welcher Weise er seine Aufgabe zum Schutze der Währung und in der Führung der deutschen Geldpolitik bei seinen Verhandlungen mit den Kreditbanken erfüllen möchte.

Zu dieser Kabinettssitzung war übrigens wie üblich auch der Vertreter der preußischen Staatsregierung eingeladen, der denn auch an den Verhandlungen dauernd teilgenommen hat. Außer dieser einen Kabinettssitzung hat eine weitere Kabinettsberatung unter Beteiligung des Herrn Reichsbankpräsidenten in dieser Angelegenheit nicht stattgefunden."

Persien und die Mächte

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wf **Stambul**, 14. Mai

Die am 10. Mai erfolgte Mitteilung der persischen Regierung an die Mächte, daß die als Kapitulationen bekannten Vorrechte der Ausländer in Persien nach Jahresfrist erlöschen, wird hier als ein bedeutsames Ereignis betrachtet. Die Nachricht war keine Ueberraschung für die türkische Regierung, die in dieser Frage der Berater Persiens war.

Die Reise des persischen Palastministers Timurtach nach Angora vom vorigen Spätherbst, die fälschlich durch angebliche asiatische Paktbesprechungen erklärt wurde, hatte, wie ich zuverlässig erfahre, in Wahrheit den Zweck, bei der Türkei Rat für die Aufhebung der Kapitulationen einzuholen.

Bokanowskis Pyrrhussieg

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

ist **Paris**, 14. Mai

Der neue Tagungsabschnitt der französischen Parlamentssession hat für das Ministerium Poincaré schlecht begonnen. Nachdem in der ersten Woche die Kammer die von der Regierung gewünschte Auslieferung einiger antimilitaristischer Propaganda beschuldigter kommunistischer Abgeordneter abgelehnt hatte, hat die gestrige Kammerabstimmung über einen sozialistischen Antrag, die Zollvorlage an die Kommission zurückzuverweisen, zu einem ernsten politischen Alarm Anlaß gegeben. Bokanowskis Intervention und der von ihm, wenn auch nur in verschleierter Form gestellten Vertrauensfrage, gelang es zwar, der Regierung die geringe Mehrheit von 19 Stimmen zu sichern. Aber unter den 267 Abgeordneten, die den sozialistischen Antrag abgelehnt haben, befand sich eine ganze Anzahl, die der Vorlage scharf ablehnend gegenüberstehen, und die nur die Furcht vor einer Regierungskrise bestimmt hat, gegen die Zurückverweisung des Gesetzes zu stimmen. **Unter diesen Umständen wird sich Bokanowski kaum irgendwelchen Illusionen darüber hingeben können, daß es ein Pyrrhussieg war, den er gestern der Kammer abgerungen hat.**

In der Kommission hat der Handelsminister Bokanowski wiederholt erklärt, daß an die Verlängerung des am 30. Juni ablaufenden deutsch-französischen Provisoriums nicht zu denken sei und daß infolgedessen das Parlament sich mit der Verantwortung für den Eintritt eines vertragslosen Zustandes zwischen Deutschland und Frankreich belasten würde, wenn der neue Zolltarif nicht rechtzeitig unter Dach und Fach gebracht würde. Aber auch dieses Argument scheint seine Wirkung verloren zu haben. **In den parlamentarischen Kreisen Frankreichs scheint man sich vielmehr durch die Aufnahme, die die geplanten Revision überall im Auslande, und zwar nicht nur in Deutschland, gefunden hat, überzeugt zu haben, daß die Sätze, denen der neue Zolltarif die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse in Frankreich unterwerfen will, den Abschluß jeglichen Handelsvertrages unmöglich machen müssen und daß seine unveränderte Annahme das sicherste Mittel wäre, nicht nur die Verhandlungen mit Deutschland, sondern auch die mit anderen Ländern zum Scheitern zu bringen.**

Propaganda-Pessimismus

Von

Georg Bernhard

Man erzählt eine charakteristische Geschichte von einem Berliner, der nach Wien gekommen war und dort in dem etwas barschen, von der Heimat her gewöhnten Ton einem Wiener nach dem Weg fragte. Der Wiener gab ihm höflich Bescheid, und nachdem er ihm die gewünschte Straße genannt hatte, fragte er ihn: „Sagen Sie mal, können Sie denn aber nicht ein bißchen höflicher Ihre Frage stellen?" „Ne, Männeken," antwortete ihm der Berliner, „lieber verloofe ich mir!" Der Reichsbankpräsident Schacht ist kein Berliner, obwohl er die längste Zeit seines Lebens im Weichbilde der Reichshauptstadt verbracht hat. Aber vom Eigensinn des Mannes, der sich „lieber verläuft", hat er auch etwas an sich. Wenn er einmal sich in eine Idee verbissen hat, dann ändert er sie nicht. Mögen ihm auch all seine Freunde sagen, daß er falsch handelt. Und wenn sich Konsequenzen daraus ergeben, die er selbst nicht gewollt hat, dann wendet er die ganze ihm eigene, nicht geringe dialektische Kunst auf, um nachzuweisen, daß andere die Schuld tragen. Seine Politik, den Reichsbankdiskont herabzusetzen, um ausländische Anleihen aus Deutschland fortzuscheuchen, war falsch, wie seine ganze Auffassung von der Schädlichkeit ausländischer Anleihen mindestens übertrieben ist. Seine Meinung, daß ein Bankdiskont für lange Zeit gelten müsse, und daß die Frage, ob man nach einer Diskontermäßigung bald wieder den Zinssatz der Notenbank heraufsetzen könne, irgend etwas mit Prestige zu tun hat, ist ebenfalls grundverkehrt. Nach der Auffassung sehr vieler Sachverständigen hat er durch seine früheren Maßnahmen jene eigentümliche Kompliziertheit geschaffen, durch die bereits seit Monaten die Verhältnisse auf den deutschen Geldmärkten gekennzeichnet sind. Aber den „schwarzen Freitag" an den deutschen Börsen hat er nicht verschuldet. Nicht etwa, weil er rechtzeitig gegen die ihm übertrieben scheinende Haussebewegung geprochen, weil er rechtzeitig die Banken zur Einschränkung gemahnt hat. Sondern weil der äußeren und direkten Anstoß zu der Börsenpanik die Berliner Bankdirektoren gegeben haben, die die bevorstehende Einschränkung der Reportgelder in einem Communiqué ankündigten, das man für ein Börsenmanöver schlimmster Sorte hätte halten müssen, wenn es nicht eben von den offiziellsten Vertretern der Berliner Bankwelt verfaßt gewesen wäre. Wenn irgendein Börsenjournalist eine so gefaßte Notiz in seinem Blatte veröffentlicht hätte, wie würde sich wohl entweder die Stempelvereinigung selbst oder der Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbe über solche Stimmungsmache ausgesprochen haben! Es gab doch wohl Mittel für in der Börsentechnik so bewanderte Kreise, einen Rückgang der Börsenkurse und eine Warnung des Publikums zu bewirken, ohne Panikstimmung zu machen und Kursstürze schlimmster Art herbeizuführen.

✱

Dieser „schwarze Freitag" hat unabsehbaren Schaden angerichtet. Nicht etwa bei den Effektenbesitzern. Davon soll hier nicht die Rede sein. Denn wer spekuliert, muß wissen, daß er Risiko läuft. Und wenn so viele Leute, die es während der letzten Wochen der Fall war, Effekten auf Kredit kaufen, so ist deren Wagnis besonders groß. Der Schaden, der durch die Regiemethode entstanden ist, liegt auf politischem Gebiet. Die englischen und amerikanischen Korrespondenten haben aus Berlin fast ausnahmslos tells in Artikeln, die veröffentlicht worden sind, tells in Form von vertraulichen Informationen an ihre Redaktion berichtet, daß der Kursturz von Reichsregierung und Reichsbank bewußt veranlaßt worden sei. Als Grund wurde angegeben, daß die hohen Effektenkurse, die den falschen Eindruck einer besonders glänzenden wirtschaftlichen Prosperität in Deutschland machen, den Absichten der Reichsregierung zuwiderlaufen, demnächst einen großen Appell an das Weltgewissen wegen Ermäßigung der Dawes-Lasten oder doch wegen Erleichterung der Zahlungsbedingungen aus dem Dawesvertrage zu richten. Man kann hier nicht einmal von einer Böswilligkeit der fremden Berichterstatter sprechen. Denn sie haben sich eben nicht vorstellen können, daß sachverständige Menschen aus freier Entschließung der Welt ein solches Theater bieten. Und sie haben sich außerdem manches von dem, was in den letzten Wochen über gewisse Verhandlungen durchgesickert ist, auf ihre Art zusammengereimt und mit den Vorgängen am „schwarzen Freitag" kombiniert. Das ja gehört vor allem die ja auch nach dem Kursturz an den Börsen wiederholte Behauptung, der amerikanische Reparationsagent Parker Gilbert habe verschiedentlich als Maßstab für die Beurteilung der deutschen Konjunktur auf die Steigerung der Börsenkurse hingewiesen und habe mit Rücksicht auf diese eine besonders hohe Summe von Devisen für den Transfer verlangt. Es ist begreiflich, daß — angesichts solcher Gerüchte und den gleichzeitig mit diesen Gerüchten auftretenden dauernden Mahnungen an die Börse —